

Entwickelt und verwaltet von



WECHSELSEITIGE HILFSGESELLSCHAFT
SOCIETÀ DI MUTUO SOCCORSO

**Ergänzender Gesundheitsfonds
des gesamtstaatlichen Gesundheitsdiensts**

“Tertiärer Sektor” Handel, Dienstleistung und Tourismus

Kollektive ergänzende Gesundheitsfonds im Rahmen der innerbetrieblichen Verträge, Abkommen oder Reglements zu Gunsten der Mitarbeiter der Betriebe, die Unterzeichner des wechselseitigen Abkommens sind und in der Autonomen Provinz Bozen ihren Sitz haben, in Umsetzung der Rahmenvereinbarung mit dem Raiffeisenverband

gemäß Art. 51, Absatz 2, Buchstabe a) DPR 917/1986 und nachfolgende Änderungen

Vertrieben von



Raiffeisen

Kontakt

MUTUAL HELP Wechselseitige Hilfsgesellschaft
Steuernummer 94107200217

Crispistraße Nr. 9 – 39100 Bozen
Tel. 0471 974 964 | Fax 0471 053 613

E-Mail: raiffeisen@mutualhelp.eu | www.raiffeisengesundheitsfonds.it

Anlage zur
Geschäftsordnung des betriebsübergreifenden Gesundheitsfonds
eingeführt von der wechselseitigen Hilfsgesellschaft Mutual Help

Basisfonds für ergänzende Gesundheitsfürsorge

“Tertiärer Sektor”

Handel, Dienstleistung und Tourismus

Gültig ab 01 Januar 2016

Jährlicher Mitgliedsbeitrag 144,00 Euro

Der nachfolgende ergänzende Basisgesundheitsplan **“Tertiärer Sektor” Handel, Dienstleistung und Tourismus** richtet sich an die Mitarbeiter der Unternehmen:

- a) die das gegenseitige Abkommen unterzeichnet haben gemäß dem jeweiligen Vertrag, Vereinbarung oder Betriebsordnung nach Art.51 Absatz 2 Buchstabe a) des Dekrets des Präsidenten 917/86;
- b) die Mitglieder bei der Wechselseitigen Gesellschaft Mutual Help sind, mit der daraus folgenden Einschreibung der Mitarbeiter, die die festgelegten Voraussetzungen der Satzung und des genannten Abkommens erfüllen;
- c) mit den Zahlungen der Mitgliedsbeiträge in Ordnung sind.

Die Bestimmungen der „Geschäftsordnung des betriebsübergreifenden Gesundheitsfonds“ eingeführt von der wechselseitigen Hilfsgesellschaft Mutual Help vervollständigen den vorliegenden Gesundheitsplan und werden diesem beigelegt.

Mitarbeiter, die nicht mehr bei den oben genannten Betrieben angestellt sind, können den Übergang zum Leistungspaket **“Basisgesundheit Bürger”** oder **„Basisgesundheit Senior“**, innerhalb der von der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen, beantragen.

Dieses Ansuchen zum Übergang hat Gültigkeit ab dem 1. Januar des Jahres nach dem Ereignis.

Mutualità mediata mit der



Gesetz 3818 Mai 1886 und nachfolgende
Änderungen

Vertrieben von



Unterstützungsarten

Bereich – Fachärztliche öffentliche Leistungen

Beitrag an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst

1. Beitrag an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket)

Das Mitglied hat Anrecht auf eine Unterstützung in Höhe von **100 %** für Steuerbelege des öffentlichen Gesundheitsbetriebes oder von privaten bzw. freiberuflichen Ärzten, welche ein privates Abkommen mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst abgeschlossen haben. In jeden Fall muss der Steuerbeleg obligatorisch die Bezeichnung „Beitrag an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst“ (Ticket) und den Hinweis auf die Art der durchgeführten Leistung enthalten.

Der Beitrag für die Tickets wird auch für präventive Diagnosesicherungen anerkannt.

Höchstentschädigungsgrenzen

Die Unterstützung wird bis zu einem Maximalbetrag von **1.000,00 (tausend/00) Euro** pro Kalenderjahr gewährt.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 1 aufgeführte Unterstützung

Beitrag an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst

1) Ausgabenbelege (Sanitätsticket)

Bereich – Fachärztliche private Leistungen

Fachärztliche Untersuchungen - Instrumentelle Diagnostik - Instrumentelle Hochdiagnostik und Hochspezialisierung - Laboruntersuchungen

2. Fachärztliche Untersuchungen

Im Falle von Untersuchungen in privaten Gesundheitseinrichtungen oder von freiberuflichen Ärzten, die eine Tätigkeit in öffentlichen Krankenhäusern durchführen, werden **50 %** des Rechnungsbetrages bis zu einem Höchstbetrag von **50,00 (fünfzig/00) Euro** rückvergütet. Es werden **maximal zwei Untersuchungen** pro Kalenderjahr anerkannt. Der Steuerbeleg muss die Art der Untersuchung enthalten und jede andere Leistung muss von den Kosten der fachärztlichen Untersuchung getrennt werden.

3.1 Instrumentelle Diagnostik

Dem Mitglied werden im Falle von instrumentaldiagnostischen Untersuchungen in privaten Gesundheitseinrichtungen oder von freiberuflichen Ärzten in öffentlichen Krankenhäusern **50 %** des im Steuerbeleg angegebenen Betrages bis zu einem Höchstbetrag von **50,00 (fünfzig/00) Euro** pro Steuerbeleg rückerstattet. Es werden **maximal zwei Untersuchungen** pro Kalenderjahr anerkannt.

Die Rechnung muss die Art der Diagnostik enthalten und jede andere Leistung muss von den Kosten der instrumentaldiagnostischen Untersuchung getrennt werden.

3.2 Instrumentelle Hochdiagnostik - Hochspezialisierung

Dem Mitglied werden im Falle von Untersuchungen in privaten Gesundheitseinrichtungen oder von freiberuflichen Ärzten in öffentlichen Krankenhäusern, welche im **Anlage „C“** aufgelistet sind, **50 %** bis zu einem Höchstbetrag von **100,00 (hundert/00) Euro** rückvergütet.

4. Laboruntersuchungen

Dem Mitglied werden im Falle von Laboruntersuchungen, die bei privaten Gesundheitseinrichtungen oder von Ärzten, die eine freiberufliche Tätigkeit in öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt werden, **50 %** des im Steuerbeleg angegebenen Betrages bis zu einem Höchstbetrag von **50,00 (fünfzig/00) Euro** pro Steuerbeleg bezahlt. Es werden **maximal zwei Steuerbelege** pro Kalenderjahr anerkannt.

Der Steuerbeleg muss die Art der Untersuchung enthalten und jede andere Leistung muss von den Kosten der Laboruntersuchung getrennt werden.

Höchstentschädigungsgrenzen

Die Unterstützungen der vorher aufgeführten Punkte 2, 3.1, 3.2, und 4 werden bis zu einem Maximalbetrag von **1.500,00 (tausendfünfhundert/00) Euro** pro Kalenderjahr genehmigt.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 2, 3 und 4 aufgeführten Unterstützungen

Fachärztliche Untersuchungen - Instrumentelle Diagnostik - Instrumentelle Hochdiagnostik und Hochspezialisierung - Laboruntersuchungen

1) *Ausgabenbelege (Rechnung, Steuerquittung).*

Bereich – Vertragsgebundene Zahnheilkunde

Zahnbehandlungen bei vertragsgebundene Zahnärzten - Zahnbehandlungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes - Zahnbehandlung aufgrund von Unfällen

5.1 Zahnbehandlungen bei vertragsgebundenen Zahnärzten

Dem Mitglied werden für Zahnbehandlungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder von Zahnärzten, welche mit der wechselseitigen Gesellschaft vertragsgebunden sind, die in der **Anlage „B“ Tarifverzeichnis „A“** angeführten Beträge anerkannt.

Bereich der Zahnheilkunde:

- | | |
|---|--|
| A) Fachärztliche Untersuchungen, Diagnose, Röntgen, Photographie (12 Positionen) | H) Kieferorthopädie (7 Positionen) |
| B) Mundhygiene und Prävention (7 Positionen) | K) Implantologie und Knochenregeneration (6 Positionen) |
| C) Endodontie (6 Positionen) | L) Fixe Prothesen (20 Positionen) |
| D) Konservierenden Leistungen (5 Stimmen) | M) Abnehmbare Prothesen (5 Positionen) |
| E) Mundchirurgie (15 Positionen) | P) Overdenture-Overimplantat Prothesen (5 Positionen) |
| F) Paradontologie (8 Positionen) | Q) Modellprothese (3 Positionen) |
| G) Gnatologie (4 Positionen) | R) Teilprothese (2 Positionen) |
- Gesamte anerkannte Leistungen: 105.

Um eine Rückvergütung der zahnärztlichen Spesen zu erhalten muss auf der Rechnung die Art der durchgeführten Leistung, der Betrag und der zugewiesene Kodex (z.B. A01) stehen. Sollten die Kodexe nicht auf der Rechnung angegeben sein, so muss das von der Zahnarztpraxis ausgefüllte zahnärztliche Datenblatt mit den Kodizes beigelegt werden.

Für Leistungen der **Implantologie**, sowie für **fixe Prothesen** muss die Panoramaaufnahme, das intraorale Foto oder eine andere instrumental-diagnostische Dokumentation (auch in digitaler Form) vom **Ende der Behandlung** beigelegt werden. Die Unterstützung kann nur nach Abschluss der Behandlung beantragt werden.

Für Leistungen der **Kieferorthopädie** muss die Panoramaaufnahme, das intraorale Foto oder eine andere instrumental-diagnostische Dokumentation (auch in digitaler Form) vom **Beginn der Behandlung** angefügt werden. Die Rückvergütung von kieferorthopädischen Leistungen, welche länger als ein Jahr dauern, müssen jährlich mit den entsprechenden Dokumenten angefragt werden.

Die Unterstützung kann nur innerhalb der zeitlichen Begrenzungen angefragt werden. Anträge für Anzahlungen und Kostenvoranschläge werden nicht berücksichtigt, außer im Falle der kieferorthopädischen Leistungen, bei welchen Anzahlungen angenommen werden. Leistungen, die nicht im Verzeichnis der Anlage „B“ angeführt sind, sowie Geldsummen, die höher als die vorgegebenen Beträge Im Tarifverzeichnis sind, können nicht rückvergütet werden.

Um die Leistungen in Anspruch nehmen zu können, muss das Mitglied der vertragsgebundenen Zahnarztpraxis vor der Dienstleistung den Mitgliedsausweis und den Personalausweis vorweisen.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 5.1 aufgeführten Unterstützungen

Zahnbehandlungen bei vertragsgebundenen Zahnarztpraxen

- 1) *Ausgabenbelege (Rechnung, Steuerquittung);*
- 2) *Sofern der Kodex nicht auf der Rechnung angeführt wurde: Zahnärztliches Datenblatt, auf der Kodex, die Art und die Kosten der durchgeführten und in der Anlage „B“ aufgelisteten Leistung vermerkt sind;*
- 3) *Kieferorthopädische Leistungen: Erklärung des Zahnarztes mit Datumsbeginn und Ende der kieferorthopädischen Behandlung.*

5.2 Zahnbehandlungen beim öffentlichen Gesundheitsdienst

Sofern sich das **Mitglied** an die Zahnheilkundeabteilung des Landesgesundheitsdienstes wendet werden folgende Leistungen anerkannt:

- a) **100 %** des Beitrags an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **100 %** des selbstbezahlten Steuerbelegs der durchgeführten Leistungen.

Höchstentschädigungsgrenze

Die Rückvergütung für die Punkte 5.1 und 5.2 beträgt maximal **2.500,00 (zweitausendfünfhundert/00) Euro** pro Kalenderjahr.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 5.2 aufgeführten Unterstützungen

Zahnbehandlungen bei öffentlichen Zahnarztpraxen

- 1) *Ausgabenbelege (Ticket, Rechnung, Steuerquittung)*

5.3 Zahnbehandlungen aufgrund von Unfall

Dem **Mitglied** wird bei Verlust oder Verletzung von Zahnelementen, verursacht durch einen Unfall, folgende Unterstützung anerkannt:

- a) **100 %** des Beitrags an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **50 %** des selbstbezahlten Steuerbelegs der durchgeführten Leistungen.

Es muss die medizinische Dokumentation, ausgestellt seitens der kieferchirurgischen Abteilung der Ersten Hilfe einer öffentlichen Struktur, vorgelegt werden, aus der hervorgeht, dass der Verlust oder die Verletzung Folge des Unfalles war.

Die Unterstützung wird auch anerkannt, wenn die zahnärztlichen Leistungen bei einer nicht vertragsgebundenen Zahnarztpraxis durchgeführt werden.

Höchstentschädigungsgrenze

Die Unterstützung wird bis zu einem Maximalbetrag von **1.500,00 (tausendfünfhundert/00) Euro** pro Unfall gewährt.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 5.3 aufgeführten Unterstützungen

Zahnbehandlung aufgrund von Unfällen

- 1) *Ausgabenbelege (Ticket, Rechnung, Steuerquittung);*
- 2) *Für die Zahnbehandlungen aufgrund von Unfall muss das Ticket der kieferchirurgischen Abteilung des Ersten Hilfe Dienstes beigelegt werden;*
- 3) *Für Zahnbehandlungen bei der nächstgelegenen Zahnarztpraxis oder Gesundheitseinrichtung muss die Erklärung des behandelnden Arztes beigelegt werden, aus der hervorgeht, dass die Verletzung auf einen Unfall zurückzuführen ist*

Bereich – Krankenhausaufenthalt

Spezifische chirurgische Eingriffe in privaten oder öffentlichen Einrichtungen - Krankenseinlieferung

aufgrund chirurgischen Eingriffs - Chirurgische Eingriffe beim Neugeborenem - Ambulante Chirurgie

6.1 Unterstützte chirurgische Eingriffe in PRIVATEN Heilanstalten

Bei chirurgischen Eingriffen gemäß **Anlage „A“** hat das Mitglied Anspruch auf eine Rückvergütung der Kosten bis zur Erreichung der Höchstentschädigungsgrenze laut Anlage „A“, Tarifverzeichnis **Bereich „A“**. Folgende dokumentierte Leistungen, die in privaten Strukturen oder freiberuflich in öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt wurden, werden berücksichtigt:

- a) Fachärztliche Untersuchungen, diagnostische und Laboruntersuchungen in den **120 Tagen vor** der Einlieferung und die für den Eingriff selbst notwendig sind;
- b) Honorare des Chirurgen, Anästhesisten und der sonstigen am Eingriff mitwirkenden Personen
- c) Gebühren des Operationssaals;
- d) Im Zuge des Eingriffes eingebrachte therapeutische Hilfsmittel, einschließlich der therapeutischen Behandlungen und Prothesen
- e) Aufenthaltsgebühr der Heilanstalt;
- f) Leistungen von Krankenpflegern, diagnostische Untersuchungen, Physiotherapie und Rehabilitationsbehandlungen, die während der stationären Behandlung durchgeführt werden;
- g) Entnahme von Organen oder Organteilen; Einlieferungen des Organspenders, diagnostische Untersuchungen, ärztlicher Beistand und Beistand durch Krankenpfleger, chirurgische Eingriff zur Entnahme der Organe, Pflegebehandlungen, verschriebene Medikamente und Aufenthaltsgebühren;
- h) fachärztliche Untersuchungen, diagnostische und Laboruntersuchungen, Physiotherapie und Rehabilitationsbehandlungen, Kauf oder Ausleihe von Prothesen oder Sanitätsgeräten in den **120 Tagen nach** dem Eingriff;

6.2 Krankentransport

Für die Beförderung des Versicherten mit einem für den Krankentransport ausgestatteten Verkehrsmittel wird eine Rückvergütung von **80%** der Kosten bis zum maximalen Betrag von **2.000,00 (zweitausend/00) Euro** gewährt.

Ausschluss der Kumulierbarkeit der Unterstützung

Wenn die Unterstützungen gemäß Punkt a), b), c), d), e) des vorhergehenden Punktes 6.1 beantragt werden, muss das Mitglied, für sich selbst oder für seinen Anspruchsberechtigten, zum Zwecke der Berechnung des von der Wechselseitigen Gesellschaft zu zahlenden ergänzenden Betrags schriftlich erklären, ob ergänzende Polizzen und/oder Gesundheitsfonds bestehen. Jede Kumulierbarkeit der gegenständlichen Unterstützung im Rahmen der genannten Rückerstattungsbeträge mit anderen Gesundheitsschutzleistungen ist ausgeschlossen.

Das Mitglied muss also eine Erklärung vorlegen, aus der sich ergibt, dass es sich um die einzige beantragte Unterstützung handelt. Außerdem müssen die Ausgabenbelege ausschließlich im Original vorgelegt werden. Anschließend erhält das Mitglied die Originalbelege, auf denen der gezahlte Unterstützungsbetrag vermerkt wird, zurück.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 6 aufgeführten Unterstützungen

Chirurgische Eingriffe in privaten Strukturen

- 1) Krankengeschichte mit Angabe der Anamnese und der Art des durchgeführten Eingriffs; (**)
- 2) Ausgabenbelege (Ticket, Honorarnote, Rechnung, Steuerquittung);
- 3) Wohnsitzbescheinigung bei Einlieferung in ein Krankenhaus, das im Ausland liegt. (*)

7.1 Unterstützte chirurgische Eingriffe in ÖFFENTLICHEN Heilanstalten

Im Falle, dass das Mitglied einem großen chirurgischen Eingriff gemäß **Anlage „A“** unterzogen wird, hat das Mitglied Anspruch auf folgende Leistungen:

- a) **100%** des Steuerbeleges für fachärztliche Untersuchungen, diagnostische und Laboruntersuchungen in den **120 Tagen** vor der Einlieferung und die für den Eingriff selbst erforderlich sind, für einen Höchstbetrag von **1.000,00 (tausend/00) Euro** pro Eingriff;
- b) **100%** des Steuerbelegs für fachärztliche Untersuchungen, diagnostische und Laboruntersuchungen, Physiotherapie und Rehabilitationsbehandlungen, Ankauf Kauf oder Miete von Prothesen oder

Sanitätsgeräten in dem **120 Tagen nach** dem Eingriff, für einen Höchstbetrag von **1.000,00 (tausend/00) Euro** pro Eingriff;

- c) **80 %** der Kosten für Krankentransport mit sanitärem Fahrzeug bis zum maximalen Betrag von **2.000,00 (zweitausend/00) Euro**.

7.2 Krankenseinlieferung aufgrund chirurgischen Eingriffs

Dem Mitglied, falls es selbst einem chirurgischen Eingriff laut Anlage „A“ unterzogen wird, steht eine Unterstützung für jeden Aufenthaltstag bis zu einer Höchstdauer von **30 Tagen** in folgender Höhe zu:

- a) **50,00 (fünfzig/00) Euro** pro Tag für die Einlieferung in eine Krankenanstalt in Italien;
b) **80,00 (achtzig/00) Euro** pro Tag für die Einlieferung in eine Krankenanstalt im Ausland;

Bereiche der spezifischen chirurgischen Eingriffe:

- | | |
|--|---|
| 1. Allgemeine Chirurgie (88 Positionen: Hals 10, Brust 6 Ösophagus 11, Magen-Zwölffingerdarm 7, Jejunum-Ileum-Colon-Rektum-Anus 22, Peritoneum 2, Leber und Gallenwege 9, Bauchspeicheldrüse - Milz 9, Mund-, Gesichts- und Kieferchirurgie 12); | 7. HNO (11 Positionen: Ohr 8, Larynx und Parynx, 2); |
| 2. Thorax-Lungenchirurgie (23 Positionen); | 8. Urologie (20 Positionen: Nieren und Nebennieren 7, Harnleiter 3, Blase 5, Prostata 1, Harnröhre 1, Männliche Geschlechtsorgane 3); |
| 3. Herz-Kreislauf-Chirurgie (21 Positionen); | 9. Augenheilkunde (3 Positionen); |
| 4. Gynäkologie (9 Positionen); | 10. Große Verbrennungen (1 Positionen) |
| 5. Neurochirurgie (28 Positionen); | 11. Organtransplantation (6 Positionen), |
| 6. Orthopädie (26 Positionen); | |

Gesamte anerkannte chirurgische Eingriffe: 236.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 7 aufgeführten Unterstützungen

Chirurgische Eingriffe in öffentlichen Strukturen

- 1) Krankengeschichte mit Angabe der Anamnese und der Art des durchgeführten Eingriffs; (**)
- 2) Ausgabenbelege (Ticket, Honorarnote, Rechnung, Steuerquittung);
- 3) Wohnsitzbescheinigung bei Einlieferung in ein Krankenhaus, das im Ausland liegt. (*)

8.1 Chirurgische Eingriffe für das neugeborene Familienmitglied (Begleitperson)

Sollten für das **neugeborene Familienmitglied** im ersten Lebensjahr stationäre Aufenthalte mit chirurgischen Eingriffen notwendig sein, erhält das Mitglied einen Unterstützungsbeitrag für die Spesen bis zu maximal **10.000,00 (zehntausend/00) Euro** für:

- a) Bezahlte Rechnungen für die Korrektur von angeborenen Pathologien
- b) Ärztliche Visiten, instrumentelle Diagnostik, Laboruntersuchungen vor und nach dem stationären Aufenthalt
- c) Übernachtung und Verpflegung der Begleitperson im Krankenhaus oder in einem Hotel

8.2 Ersatztagegeld

Sollte das **Mitglied** keinen Unterstützungsbeitrag für die Buchstaben a), b) und c) des vorhergehenden Punktes 8.1 in Anspruch nehmen, hat es Anrecht auf einen Unterstützungsbeitrag von **50,00 (fünfzig/00) Euro** für jeden Tag des stationären Aufenthaltes des anspruchsberechtigten Familienmitgliedes für maximal **30 Tage** pro Eingriff.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 8 aufgeführten Unterstützungen

Chirurgische Eingriffe beim Neugeborenen - Ersatztagegeld

- 1) Krankengeschichte mit Angabe der Anamnese und der Art des durchgeführten Eingriffs; (**)
- 2) Ausgabenbelege (Ticket, Honorarnote, Rechnung, Steuerquittung);
- 3) Geburtsurkunde des neugeborenen Familienmitgliedes; (*)
- 4) Wohnsitzbescheinigung bei Einlieferung in ein Krankenhaus, das im Ausland liegt. (*)

Ausschluss der Kumulierbarkeit der Unterstützung

Wenn die Unterstützungen des vorhergehenden Punktes 7.1 und 8.1, für das anspruchsberechtigte neugeborene Familienmitglied beantragt werden, muss das Mitglied, für sich selbst oder für seinen Anspruchsberechtigten, zum Zwecke der Berechnung des von der Wechselseitigen Gesellschaft zu zahlenden ergänzenden Betrags schriftlich erklären, ob ergänzende Polizen und/oder Gesundheitsfonds bestehen. Jede Kumulierbarkeit der gegenständlichen Unterstützung im Rahmen der genannten Rückerstattungsbeträge mit anderen Gesundheitsschutzleistungen ist ausgeschlossen.

Das Mitglied muss also eine Erklärung vorlegen, aus der sich ergibt, dass es sich um die einzige beantragte Unterstützung handelt. Außerdem müssen die Ausgabenbelege ausschließlich im Original vorgelegt werden. Anschließend erhält das Mitglied die Originalbelege, auf denen der gezahlte Unterstützungsbetrag vermerkt wird, zurück.

9. Ambulant chirurgische Eingriffe

Dem **Mitglied** steht eine Unterstützung bei ambulant chirurgischen Eingriffen in öffentlichen oder privaten Heilanstalten, von freiberuflichen Ärzten, die eine Tätigkeit in öffentlichen Krankenhäusern durchführen, zu:

- a) **100 %** des Beitrages an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **200,00 (zweihundert/00) Euro** einmalige Unterstützung für den Eingriff bei ambulant chirurgischen Eingriffen in öffentlichen Heilanstalten oder von freiberuflichen Ärzten, die eine Tätigkeit in öffentlichen Krankenhäusern durchführen.
- c) **40,00 (vierzig/00) Euro** pro Tag für die ersten sechs Tage, welche auf den ambulant chirurgischen Eingriff folgen.

Die Unterstützungsbeiträge sind für folgende ambulant chirurgische Eingriffe vorgesehen:

- Laserchirurgie der Hornhaut zu therapeutischen Zwecken zur vollständigen Behandlung eines Auges oder beider Augen oder Korrektur mittels Ecimer-Laser zur Beseitigung von Kurzsichtigkeit, Astigmatismus, Weitsichtigkeit.
- Korrektur der Hammerzehe;
- Operation des Karpaltunnelsyndroms;
- Ausschälung der Schleimbeutelentzündung mit Korrektur des weichen Gewebes und korrigierende Osteotomie des Hallux Valgus;
- Katarakt-Operation mit oder ohne Implantierung einer intraokularen Linse;
- Behandlung der Krampfadern: Abbinden und stripping der Krampfadern der unteren Gliedmaße; ministripping (Varizektomie) der Krampfadern der unteren Gliedmaße, endovaskuläre Entfernung der Varizen mit Laser;

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 9 angeführten Unterstützungen

Ambulant chirurgische Eingriffe

- 1) *Krankengeschichte oder Entlassungsschein mit Angabe der vollständigen Anamnese, der Art des Eingriffs und des Datums, an dem der Eingriff durchgeführt wurde*

Bereich – Kuren

Physiotherapeutische Behandlungen - Thermalkuren - Onkologische Behandlung

10.1 Physiotherapeutische Behandlungen

Dem Mitglied wird im Falle von Therapiezyklen folgende Unterstützung gewährt:

- a) **100 %** des Beitrages an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **50 %** der entstandenen Kosten bis zu einem Maximalbetrag von **80,00 (achzig/00) Euro** pro Therapiezyklus, durchgeführt in privaten Gesundheitseinrichtungen oder von freiberuflichen Ärzten in öffentlichen Krankenhäusern.

Die Unterstützung wird bis zu maximal zwei Zyklen pro Kalenderjahr anerkannt.

Dem Steuerbeleg muss die Kopie der Verschreibung des Arztes mit Angabe der Diagnose beigelegt werden.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 10.1 aufgeführten Unterstützungen

Physiotherapeutische Behandlungen

- 1) Ausgabenbelege (Sanitätsticket, Rechnung, Steuerquittung);
- 2) Kopie der Verschreibung des Arztes, die die Beschreibung der Pathologie enthält.

10.2 Thermalkuren

Dem **Mitglied** wird im Falle von Hydro-Schlamm-Thermalkuren in Italien folgende Unterstützung gewährt:

- a) **100%** des Beitrages an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket)
- b) **50%** der entstandenen Kosten bis zu einem Maximalbetrag von **80,00 (achtzig/00) Euro** für **einen Therapiezyklus** pro Jahr;
- c) **50 %** der entstandenen Kosten der ärztlichen Visite, welche in der Thermalstruktur durchgeführt wurde, bis zu einem Maximalbetrag von **50,00 (fünfzig/00) Euro**.

Der Steuerbeleg muss die Art der ärztlichen Visite enthalten, jede weitere Leistung muss separat von der ärztlichen Visite aufgelistet werden.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 10.2 aufgeführten Unterstützungen

Thermalkuren

- 1) Ausgabenbelege von Sanitätsticket, Rechnung, Steuerquittung;
- 2) Kopie der Verschreibung des Arztes, die die Beschreibung der Pathologie enthält.

10.3 Onkologische Behandlung

Im Falle, dass das **Mitglied** stationär, ambulant oder in der Tagesklinik einer Strahlentherapie, Chemotherapie oder einer onkologischen Behandlung unterzogen wird, hat das Mitglied Anspruch auf **30,00 (dreißig/00) Euro** für jeden Behandlungstag.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 10.3 aufgeführten Unterstützungen

Onkologische Behandlung

- 1) Bescheinigung des Krankenhauses, in der das Anfangs- und Enddatum jeder einzelnen Periode ersichtlich sind und alle Daten der Behandlung sowie die Art der durchgeführten Therapie angegeben sind.

Bereich – Prothesen

Sehhilfen - Prothesen und sanitäre Hilfsmittel

11. Sehhilfen

Für die angefallenen Kosten hat das Mitglied Anspruch auf **50 %** des Betrags, der aus dem Steuerbeleg hervorgeht, und zwar bis zu einem Gesamthöchstbetrag von **100,00 (hundert/00) Euro** für jedes Paar Brillengläser oder Kontaktlinsen.

Voraussetzung für die Rückvergütung ist die Verschreibung eines Facharztes oder des Augenoptikers mit Angabe der Pathologie oder der Höhe der Dioptrien.

Verschreibungen, die nicht im engeren Sinne auf pathologische Faktoren oder Funktionsmängel des Sehapparates zurückzuführen sind, werden nicht anerkannt. Die Verschreibung des Arztes oder des Optikers wird von der Ärztekommision der Gesellschaft nach eigenem unanfechtbarem Ermessen beurteilt.

Sehhilfen werden in einem Zeitraum von **vier Jahren** nur einmal rückerstattet.

Nach der ersten Zahlung besteht der Anspruch auf eine weitere Unterstützung alle zwei Jahre, sofern der Facharzt feststellt, dass sich das Sehvermögen um mindestens eine halbe Dioptrie verändert hat.

Auf der Rechnung der Brillengläser muss der Betrag der Gläser und der Fassungen getrennt angegeben sein.

Ausschlüsse

Die Unterstützung wird für Einwegkontaktlinsen (Tages- und Monatslinsen) nicht gewährt.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 12 aufgeführten Unterstützungen

Sehhilfen

- 1) Ausgabenbelege mit getrennter Angabe der Kosten von Brillengläsern und Fassung (Rechnung, Steuerquittung);
- 2) Verschreibung des Facharztes, aus der auch die Pathologie hervorgeht (für die Beantragung von Brillengläsern ist auch die Höhe der Dioptrien anzugeben).

12. Prothesen und sanitäre Hilfsmittel

Es werden dem **Mitglied 50%** des Steuerbelegs bis zu einem Höchstbetrag von **400,00 (vierhundert/00) Euro** im Kalenderjahr für die nachstehend aufgeführten Prothesen und sanitären Hilfsmittel zur Wiederherstellung der körperlichen Funktionsfähigkeit oder der Korrektur körperlicher Fehlbildungen rückerstattet:

- a) Stützgeräte für Fußgelenk, Beine, Knie und Hüfte.
- b) Orthopädische Geräte für obere Gliedmaßen: Hülsen, Stützgeräte.
- c) Schuheinlagen;
- d) Orthopädische Geräte für den Rumpf: Korsette, Stützmiuder, Geradehalter für die Schulter, Halskrausen, Halsstützen;
- e) Hilfsmittel zum Gehen: Krücken, 3-Punkte Stöcke, 4-Punkte-Stücke, Stabilisatoren für die Statik in aufrechter Haltung, Stabilisatoren für die Statik in liegender Stellung;
- f) Hilfsmittel für die Mobilität: Faltbarer Rollstuhl mit Schiebegriff für vorwiegenden Hausgebrauch, faltbarer Rollstuhl mit stabilisiertem Rahmen, Transitstuhl;
- g) Hörgeräte;
- h) Traditionelle oder modulare Prothesen für untere Gliedmaßen, die mit Körperenergie funktionieren;
- i) Prothesen für obere Gliedmaßen: ästhetische traditionelle oder modulare Prothesen, die mit Körperenergie funktionieren;
- j) Prothesen für Kehlkopfektomisierte: Trachealkanüle aus Kunststoff oder Metall, zwei pro Kalenderjahr.
- k) Physiognomische Prothesen: Externe provisorische oder Dauer-Brustprothesen.
- l) Augenprothesen.

Die Notwendigkeit von Heilbehelfen oder Prothesen muss durch eine ärztliche Verschreibung bestätigt werden, in der auch die entsprechende Pathologie angegeben wird.

Ausschlüsse

In der Kostenaufstellung müssen die Kosten der Prothesen und die Kosten der sanitären Hilfsmittel getrennt von eventuellen anderen Zusatzkosten aufgeführt werden.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 12 aufgeführten Unterstützungen

Prothesen und sanitäre Hilfsmittel

- 1) *Dokumente der getätigten Ausgaben für Prothesen und sanitäre Hilfsmittel*

Bereich – Schwangerschaft und Mutterschaft

Schwangerschaft - Risikoschwangerschaft - Mutterschaft

13.1 Zeitraum der Schwangerschaft

Das Mitglied hat während der bestehenden Schwangerschaft Anrecht auf folgende Leistungen:

Klinisch-chemische Analysen und gynäkologische Echographien:

- a) **100 %** des Beitrages an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **60 %** des im Steuerbeleg angegebenen Betrages bis zu einem Höchstbetrag von **80,00 (achtzig/00) Euro** bei privaten Strukturen oder innerbetrieblicher freiberuflicher Tätigkeit.

Instrumentelle Hochdiagnostik, Hochspezialisierung, Fruchtwasseruntersuchung und die Chorionzottenbiopsie (Villocentesi), sowie sonstige vom Frauenarzt für notwendig erklärte Untersuchungen, die vom staatlichen Gesundheitsdienst im Verzeichnis aufgenommen sind, in folgendem Ausmaß:

- a) **100 %** des Beitrages an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **60 %** des im Steuerbeleg angegebenen Betrages bis zu einem Höchstbetrag von **120,00 (Hundertzwanzig/00) Euro** bei privaten Strukturen oder innerbetrieblicher freiberuflicher Tätigkeit.

In Ergänzung zum Punkt 2 (fachärztliche Untersuchungen), werden **vier weitere Untersuchungen** der Spezialisierung Gynäkologie in folgendem Ausmaß berücksichtigt:

- a) **100 %** des Beitrages an den gesamtstaatlichen Gesundheitsdienst (Ticket);
- b) **60 %** des im Steuerbeleg angegebenen Betrages bis zu einem Höchstbetrag von **50,00 (fünfzig/00) Euro** bei privaten Strukturen oder innerbetrieblicher freiberuflicher Tätigkeit.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 13.1 aufgeführten Unterstützungen

Schwangerschaft

- 1) *Ausgabenbelege (Ticket, Honorarnote, Rechnung, Steuerquittung);*
- 2) *Bescheinigung über den Stand der Schwangerschaft, ausgestellt vom Frauenarzt.*

13.2 Abwesenheit wegen Risikoschwangerschaft

Das Mitglied mit einem abhängigen Arbeitsverhältnis, das von der Arbeit wegen einer Risikoschwangerschaft abwesend ist, hat nach Überschreitung von 30 aufeinander folgenden Tagen und für die Abwesenheitstage **nach dem 30. Tag** Anspruch auf eine Unterstützung von **10,00 (zehn/00) Euro** täglich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft.

Das Bestehen einer Risikoschwangerschaft muss durch entsprechende Bescheinigungen des Arbeitsgesundheitsinspektorats bewiesen werden, aus denen der Beginn der Risikoschwangerschaft und die Notwendigkeit des Fernbleibens von der Arbeit hervorgehen.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 13.2 aufgeführten Unterstützungen

Risikoschwangerschaft

- 1) *Bescheinigung des Arbeitsgesundheitsinspektorats über den Beginn der Risikoschwangerschaft und die Notwendigkeit des Fernbleibens von der Arbeit;*
- 2) *Krankengeschichte oder Bescheinigung des Krankenhauses oder des Geburtshelfers, aus der die Entbindung und die Schwangerschaftswoche, in der die Geburt stattgefunden hat, hervorgehen.*

14. Mutterschaft

Das Mitglied hat für sich selbst Anspruch auf eine Unterstützung von **60,00 (sechzig/00) Euro** für jeden Tag des stationären Aufenthalts bis **maximal 10 Tagen** anlässlich einer Geburt, unabhängig vom Ausgang der Geburt und der Zahl der geborenen Kinder.

Anspruch auf die Unterstützung besteht dann, wenn die Geburt **nach der 24. Schwangerschaftswoche** erfolgt.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 14 aufgeführten Unterstützungen

Mutterschaft

- 1) *Entlassungsschein oder Bescheinigung des Krankenhauses oder des Geburtshelfers, aus der die Entbindung und die Schwangerschaftswoche, in der die Geburt stattgefunden hat, hervorgehen.*
- 2) *Bestätigung der Entlassung, aus der das Eingangsdatum und das Ausgangsdatum hervorgeht;*

Bereich – Hauskrankenpflege

Hauskrankenpflege – Hauskrankenpflege für Krebspatienten im Endstadium

15.1 Hauskrankenpflege

Das **Mitglied** hat Anspruch auf eine Unterstützung in Höhe von **12,00 (zwölf/00) Euro** pro Stunde und für eine Höchstzeit von **104 Stunden** pro Kalenderjahr, für den Fall, in dem es selbst von einer vorübergehenden oder dauernden Invalidität durch Krankheit betroffen ist. Der Versicherte benötigt dafür medizinische Betreuung an seinem Wohnort, um folgende Leistungen durchzuführen:

- ärztliche und/oder fachärztliche Therapien,
- Pflegeleistungen für Wundbehandlungen, Mobilisierungen, Analyse und Überwachungen,
- Physiotherapien oder Rehabilitierungen.

Die Unterstützung wird nur ausgezahlt, wenn alle entstandenen Kosten detailliert belegt sind, der geltenden Steuergesetzgebung entsprechen und auf die gegenständliche Erkrankung zurückzuführen sind.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 15.1 angeführten Unterstützungen

Hauskrankenpflege

- 1) *Ordnungsmäßig quitierte Ausgabenbelege, aus denen die Stundenanzahl der effektiven Hauskrankenpflege und die Art der geleisteten gesundheitlichen Betreuung hervorgehen.*

15.2 Hauskrankenpflege für Krebspatienten im Endstadium

Das **Mitglied** bzw. seine Begünstigten oder gesetzlichen Erben haben, falls das Mitglied selbst oder einer seiner Anspruchsberechtigten an einer bösartigen Krebserkrankung leidet, Anspruch auf eine Unterstützung mit einem Maximalbetrag von **2.000,00 (zweitausend/00) Euro** als Rückerstattung der Kosten, die ihm in den letzten sechs Lebensmonaten für die ärztlichen Einsätze und die Behandlung zu Hause entstanden sind.

Die Unterstützung wird nur ausgezahlt, wenn alle entstandenen Kosten detailliert belegt sind, der geltenden Steuergesetzgebung entsprechen und auf die gegenständliche Erkrankung zurückzuführen sind.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 15.2 angeführten Unterstützungen

Hauskrankenpflege für Krebspatienten im Endstadium

- 1) *Belege der in den letzten sechs Lebensmonaten des Kranken angefallenen Ausgaben;*
- 2) *Zertifizierung des Arztes, die die Krebserkrankung im Endstadium bescheinigt.*

Bereich – Sozioökonomische Unterstützungen

Volle Erwerbsunfähigkeit - Todesfall

16. Volle Erwerbsunfähigkeit

Dem **Mitglied**, dem die volle körperliche oder geistige, von den Ärzten der dafür zuständigen Körperschaften festgestellte vollständige bleibende Invalidität zuerkannt wurde, die eine absolute und dauernde Arbeitsunfähigkeit bewirkt, wird eine einmalige Unterstützung in folgender Höhe zuteil:

- a) **3.000 (dreitausend/00) Euro**, für das Mitglied im Alter **unter 35 Jahren** zum Zeitpunkt der Anerkennung der vollständigen bleibenden Invalidität;
- b) **2.000 (zweitausend/00) Euro**, für das Mitglied im Alter **über 35 Jahren** zum Zeitpunkt der Anerkennung der vollständigen bleibenden Invalidität;

Ausschluss von der Unterstützung

Ausgeschlossen vom Anspruch auf die Unterstützung sind Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Eintragung bei der Gesellschaft Renten- oder Fürsorgeleistungen beziehen, die wegen vollständiger und dauernder Arbeitsunfähigkeit gezahlt werden. Ferner sind auch die Bezieher von Dienstalters-, Alters- oder Invaliditätsrenten ausgeschlossen.

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 16 angeführten Unterstützungen

Volle Erwerbsunfähigkeit

- 1) *Erklärung über die Anerkennung der vollständigen körperlichen oder geistigen bleibenden Invalidität, die vom zuständigen Amt ausgestellt wird (Vorsorgeeinrichtungen, die die Invalidenrente auszahlen, Kommissionen für Zivilinvalidität usw.)*

17. Todesfall

Im Falle des Todes des **Mitglieds** hat die Familie Anspruch auf einen Unterstützungsbeitrag für die Beerdigungskosten in folgender Höhe:

- a) **3.000 (dreitausend/00) Euro**, wenn das verstorbene **Mitglied** das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
- b) **2.000 (zweitausend/00) Euro**, wenn das verstorbene **Mitglied** das 35. Lebensjahr vollendet hat;

Beizulegende Dokumente für die unter Punkt 17 aufgeführten Unterstützungen

Tod des Mitglieds

- 1) *Todesbescheinigung;*
- 2) *ärztliche Bescheinigung der Todesursache;*
- 3) *beglaubigte Kopie des Testaments (falls vorhanden);*
- 4) *Notorietätsakt oder Ersatzerklärung der Notorietätsaktes für die eventuellen gesetzlichen Erben mit Bezug auf ihre Berechtigung (Art. 4 Gesetz Nr. 15 vom 4. Januar 1968);*
- 5) *beglaubigte Kopie des Dekrets des Vormundschaftsgerichts für die Verwendung des Betrages, welcher den minderjährigen Erben zusteht (ausgestellt vom Landesgericht)*

Allgemeine Bestimmungen

- **Kumulierbarkeit der Unterstützungen**

Die Unterstützungen, die in den Punkten 1 bis 17 aufgezählt sind, sind nicht kumulierbar.

- **Ausschlüsse**

Die unter den Punkten 1, 2, 3 und 4 angeführten Unterstützungen werden nicht für Leistungen im Rahmen der Rechtsmedizin, der Sportmedizin, der Arbeitsmedizin, der ästhetischen Medizin, der alternativen Medizin, der Akupunktur, der Chiropraxie, der Iridologie, der Homöopathie, der Psychologie, für Medikamente, für Kopie des radiologischen Befundes auf CD, für das Ausstellen von Führerscheinen, Befähigungsscheinen und Zulassungen gewährt.

Ausgeschlossen und deshalb nicht anerkannt sind fachärztliche Untersuchungen von Personen, die nicht im Besitz eines Universitätsabschlusses der Medizin und Chirurgie sind.

- **Karenzzeit für das Anrecht auf Unterstützung**

Die Arbeitnehmer/Mitglieder, welche durch den Betrieb in den ergänzenden Gesundheitsfonds und unter Berücksichtigung der im wechselseitigen Betriebsabkommen enthaltenen Bedingungen eingeschrieben wurden, haben das Anrecht auf die unter den Punkten 1 bis 17 aufgeführten Unterstützungen **ab dem ersten Tag des nachfolgenden Monats** nach der ersten Zahlung des Beitrages, sofern keine besondere Regelung im wechselseitigen Betriebsabkommen festgelegt wurde.

- **Antrag auf Unterstützung: Fristen und Bedingungen**

Der Antrag auf Unterstützung muss mit dem dafür vorgesehenen Formular „Antrag auf Unterstützung“ folgenderweise übermittelt werden:

- a) über das Internetportal **“MutualHelp for you”** (Zugang über www.raiffeisengesundheitsfonds.it oder über unsere Webseite mutualhelp.eu),
- b) per E-Mail ansuchen@mutualhelp.eu (in PDF),
- c) per Post (Gültigkeit hat der Poststempel),
- d) Abgabe bei einer der Filialen der Raiffeisenkasse oder
- e) persönlich direkt beim Büro der Mutual Help, Crispistraße 9, 39100 Bozen.

Der Unterstützungsantrag muss **innerhalb 31. Januar des darauffolgenden Jahres** vom Rechnungsdatum eingereicht werden, anderenfalls verfällt der Anspruch auf die Unterstützung durch stillschweigenden Verzicht. Der Antrag auf Unterstützung kann zu jeder Zeit während des Jahres eingereicht werden, sofern die Summe der beigefügten Dokumente nicht **unter 15,00 (fünfzehn/00) Euro** liegt.

- **Beizulegende Dokumente**

Die Gesellschaft kann vom Mitglied oder direkt bei den zuständigen Einrichtungen alle Unterlagen anfordern, die sie für erforderlich hält, um die Gültigkeit des Anspruchs auf die beantragte Unterstützung zu bestätigen. Die wechselseitige Gesellschaft ist nicht zur Rückgabe der Dokumente verpflichtet, die aufgrund eines Antrages um Unterstützung vorgelegt wurden, mit Ausnahme des Krankenblattes. Die beizulegenden Dokumente befinden sich in der Durchführungsbestimmung des Fonds am Ende des Textes eines jeden einzelnen Unterstützungspunktes. Den Rechnungen muss die Zahlungsbestätigung beigelegt werden.

- **Notorietätserklärung**

Alle die mit (*) versehenen Dokumente können durch das Formular für die Notorietätserklärung ersetzt werden, das von der Gesellschaft beglaubigt werden muss.

- **Krankengeschichte**

(**) Wird die Quittung für die Ausgabe der Krankengeschichte beigelegt, wird der ganze Betrag rückvergütet.

- **Anlage**

Anlage “A”- Verzeichnis und Tarifverzeichnis der großen chirurgischen Eingriffe, Bereich „A“.

Anlage “B” - Verzeichnis und Tarifverzeichnis der zahnärztlichen Leistungen Bereich „A“.

Anlage “C” - Verzeichnis und Tarifverzeichnis der instrumentellen Hochdiagnostik.

Im Zweifelfall nehmen Sie bitte Einblick in die italienische Version, welche rechtliche Gültigkeit hat.